

CHRISTOPH BUTTERWEGGE

Globalisierung, Standortsicherung und Wohlfahrtsstaatsentwicklung

Daß der Wohlfahrtsstaat am Ende des 20. Jahrhunderts massiv unter Druck gerät, als nicht mehr finanzierbar bezeichnet und ab- bzw. »umgebaut« wird, führt man gewöhnlich auf die Globalisierung oder das hieraus resultierende Konzept der »Standortsicherung« zurück. Durch die Automatisierung, Computerisierung bzw. Digitalisierung der Produktion, die Modernisierung und Individualisierung der Gesellschaft sowie die Liberalisierung und Deregulierung der Märkte ist der Rahmen für eine »schlankere« Sozialpolitik abgesteckt. Im folgenden werden die Funktionsmechanismen analysiert, nach denen sich der Umbau des Wohlfahrtsstaates vollzieht, aber auch mögliche Konsequenzen für die Gesellschaftsentwicklung, Sozialstruktur und Staatsfunktionen diskutiert.

Ein neoliberales Projekt macht Karriere: »Standortsicherung« als zwangsläufige Konsequenz der verschärften Weltmarktkonkurrenz? Im Rückblick scheint es fast so, als sei dem Sozialstaat nach dem »Sieg über den Staatssozialismus« der Krieg erklärt worden. Offenbar stellte der Wegfall einer – keineswegs sonderlich attraktiven – Systemalternative die im nordwestlichen Kontinentaleuropa dominante Entwicklungsvariante der Marktwirtschaft, vielfach als »rheinisches Modell« des Kapitalismus apostrophiert¹, zur Disposition. Aufgrund der veränderten Weltlage und internationalen Kräfteverhältnisse bestand ab 1989/90 die Möglichkeit wie auch – nach allgemeiner Auffassung – die Notwendigkeit, soziale Leistungsgesetze anzutasten.

An die Stelle des jahrzehntelangen Rüstungswettlaufs zwischen den beiden Militärbündnissen NATO und Warschauer Pakt trat ein ökonomisch-technologischer Wettbewerb zwischen drei kontinentalen Wirtschaftsblöcken: Nordamerika (USA, in der Freihandelszone NAFTA mit Kanada und Mexiko zusammengeschlossen), Westeuropa (EU) und Südostasien (Japan mit den sogenannten vier Kleinen Tigern: Hongkong, Singapur, Südkorea und Taiwan) führen meist unter dem Stichwort »Standortsicherung« einen erbitterten Kampf um Absatzmärkte, Marktanteile, Anlagesphären, strategische Rohstoffe, Ressourcen und Patentrechte. Im Zuge der sogenannten Triadenkonkurrenz verhärteten sich die internationalen Beziehungen; drastisch erhöht sich außerdem der Leistungs- und Konkurrenzdruck im Landesinnern.

Hart arbeitende Menschen degenerieren in der Konkurrenzgesellschaft zu »Humankapital«, wenn nicht gar zu bloßen »Kosten-

Christoph Butterwegge
– Jg. 1951; Dr. M.A., ist
Professor für Sozialpolitik
an der FH Potsdam und
Privatdozent für Politik-
wissenschaft an der
Universität Bremen.

1 Vgl. dazu: Michel Albert:
Kapitalismus contra Kapital-
ismus, Frankfurt/M. – New
York 1992.

2 Wolfgang Engler:
Standortlogik oder Demo-
kratie?, in: Wochenpost vom
4. Juli 1996.

3 Vgl. kritisch dazu:
Elmar Altvater: Die Welt
als Markt?, in: Florian Mül-
ler/Michael Müller (Hrsg.):
Markt und Sinn. Dominiert
der Markt unsere Werte?,
Frankfurt/ M. – New York
1996, S. 19 ff.

4 Vgl. Arne Heise:
Der Mythos vom »Sach-
zwang Weltmarkt«. Globale
Konkurrenz und nationaler
Wohlfahrtsstaat, in: Interna-
tionale Politik und Gesell-
schaft, 1/1996, S. 17 ff.

5 Christian Wernicke:
Die Dritte Welt rückt näher.
Die Politik versagt vor der
Aufgabe, die soziale Bombe
zu entschärfen, in: Die Zeit
vom 26. Juli 1996.

6 Hans-Peter Martin/
Harald Schumann: Die Glo-
balisierungsfalle. Der Angriff
auf Demokratie und Wohl-
stand, Reinbek bei Hamburg
1996, S. 72.

7 Erfolgreiche Globalisie-
rung zum Nutzen aller. Wirt-
schaftskommuniqué des
Wirtschaftsgipfels Lyon
(Treffen der Staats- und Re-
gierungschefs vom 27. bis
29. Juni 1996), in: Presse-
und Informationsamt der
Bundesregierung (Hrsg.),
Bulletin 59/1996, S. 629.

faktoren auf zwei Beinen«. Kaum jemand wagt es hierzulande noch, Gesellschaftsbereiche wie Soziales, Bildung, Kunst und Kultur aus einem anderen Blickwinkel zu betrachten, so übermächtig wirkt das Konzept, sämtliche Sektoren der Weltmarktentwicklung zu unterwerfen: »Die Standortlogik, kein Zweifel, hat die Blocklogik unseligen Angedenkens beerbt. Wie jene propagiert sie eiserne Zwänge, kaschiert sie Verhältnisse als unabänderlich, gleichsam naturgegeben.«²

Als ökonomische Globalisierung bezeichnet man einen Prozeß, der das Ende separater, voneinander abgeschotteter Nationalökonomien besiegelt, die Konkurrenz universalisiert und die ganze Welt zum Markt umwandelt.³ »Globalisierung« gilt fälschlicherweise als Sach- und nicht als Systemzwang. Wie Arne Heise zeigt, handelt es sich dabei jedoch um einen Mythos, der die Weltmarkt-konkurrenz zum Maß aller Dinge erklärt.⁴ Denkt man die damit verbundene Gesellschaftsphilosophie konsequent zu Ende, so bedeutet sie den völligen Verzicht auf (sozial)politisches Handeln: »Hinter dem Schlagwort von der Globalisierung verbirgt sich wenig mehr als die Kapitulation der Politik vor dem Primat der Ökonomie.«⁵

Was als naturwüchsiger Prozeß erscheint, der die Bundesrepublik – genauso wie andere Länder – zwingt, ihre Reallöhne, Personalzusatzkosten und Sozialleistungen »nach unten« zu senken, um auf den Weltmärkten konkurrenzfähig zu bleiben, basiert freilich auf wirtschafts-, währungs- und finanzpolitischen Weichenstellungen der mächtigsten Industriestaaten. Diese haben schon während der achtziger Jahre unter dem Einfluß des Neoliberalismus begonnen, die Finanzmärkte zu liberalisieren, die Arbeitsmärkte zu deregulieren und das Kapital so von fast allen staatlichen Fesseln zu befreien. Globalisierung ist weder eine Art politisch-ökonomischer Naturkatastrophe noch urplötzlich über die Bundesrepublik herein-
gebrochen, wurde vielmehr »von den Regierungen der großen Industrieländer selbst heraufbeschworen. Im Namen der ökonomischen Heilslehre vom freien, grenzenlosen Markt haben sie seit Beginn der siebziger Jahre systematisch alle Schranken niederge-
rissen, die ehemals den grenzüberschreitenden Geld- und Kapitalver-
kehr regierbar und damit beherrschbar machten.«⁶

Wirtschaftsführer und Staatsmänner der Industrieländer verharm-
losen oder beschönigen die Folgen des Globalisierungsprozesses.
Ein typisches Beispiel dafür bot der sogenannte G-7-Gipfel in
Lyon, dessen Wirtschaftskommuniqué vom 28. Juni 1996 versprach:
»Die Globalisierung eröffnet große Chancen für die Zukunft, nicht
nur für unsere Länder, sondern auch für alle anderen. Zu ihren zahl-
reichen positiven Aspekten gehören eine beispiellose Ausweitung
von Investitionen und Handel, die Öffnung der bevölkerungsreich-
sten Regionen der Welt für den internationalen Handel und die
Chance für eine größere Zahl von Entwicklungsländern, ihren
Lebensstandard zu erhöhen, die immer schnellere Verbreitung von
Informationen, technologische Neuerungen sowie die Zunahme
qualifizierter Arbeitsplätze.«⁷

Die negativen Seiten und Nachteile der Globalisierung erschei-
nen demgegenüber als zweitrangig, zumal sie vorgeblich nur wirk-

sam werden, falls sich Gesellschaften, Volkswirtschaften und Staaten dem zunehmenden Wettbewerbsdruck gar nicht, zu spät oder unzureichend anpassen. Unter diesen Umständen verliert Globalisierung auch nach Auffassung der Staats- und Regierungschefs von sieben großen Industriestaaten sowie des Präsidenten der EU-Kommission ihren Charakter als »Quelle der Hoffnung für die Zukunft« und bringt möglicherweise größere Probleme mit sich: »In den ärmeren Ländern kann sie die Ungleichheit verschärfen, und einige Regionen der Welt könnten an den Rand gedrängt werden.«⁸

Versteht man unter der Globalisierung jedoch »die Entfesselung der Kräfte des Weltmarktes und die ökonomische Entmachtung des Staates«, wie z.B. Hans-Peter Martin und Harald Schumann⁹, kann dieser Prozeß eigentlich bloß negativ beurteilt werden. Daraus erwachsende Chancen beschränken sich nämlich im wesentlichen auf Exportbranchen, Konzerngiganten, Bankiers, Broker, Spekulanten und Spezialisten. Vor allem das Verhältnis von Wirtschaft und Staat ändert sich im globalisierten Kapitalismus grundlegend. »Globalisierung heißt natürlich auch, daß weniger die nationalen Parlamente und Regierungen die politischen Rahmenbedingungen festlegen, sondern die über 40.000 multinationalen Konzerne den Lauf der Welt bestimmen. Deregulierte globale Finanzmärkte und das Spekulationskapital spielen längst erfolgreich demokratisch legitimierte Regierungen gegeneinander aus.«¹⁰ Ohnmacht wäre jedoch das falsche Wort, um das Verhältnis der Nationalstaaten gegenüber global operierenden Konzernen zu kennzeichnen, weil letztere die ersteren gar nicht mit der Drohung eines Standortwechsels und Massenentlassungen erpressen müssen.

(Re-)Privatisierung von Staatsunternehmen, öffentlichen Dienstleistungen und sozialen Risiken: Marktgesetze, Konkurrenzmechanismen und Managementtechniken als Mittel zur Reform des Wohlfahrtsstaates?

Scheinbar erfordert die Neuordnung der Weltwirtschaft eine tiefgreifende Umstrukturierung des Sozialstaates: Ein Gemeinwesen, das um die Gunst von Großinvestoren und Finanzmagnaten buhlt, kann kein Sozialstaat im herkömmlichen Sinne mehr sein. Daher wird der nach innen gerichtete Wohlfahrtsstaat von einem nach außen gewandten »Wettbewerbsstaat« abgelöst.¹¹ Seitdem die (»realsozialistische«) Systemalternative entfallen ist, unterwirft sich der westliche Wohlfahrtsstaat immer mehr einer Marktlogik, die – vom Weltmarkt ausgehend – beinahe alle Gesellschaftsbereiche erfaßt.

Durch die Vereinigung beider deutscher Staaten ergaben sich für einen liberalkonservativen »Umbau« des Wohlfahrtsstaates hierzu-lande besonders günstige Rahmenbedingungen: Das Ende der DDR und ihr Beitritt zur Bundesrepublik erlaubten es, Einschnitte in Leistungsgesetze mit »finanziellen Lasten der Einheit« zu rechtfertigen und »Solidarität«, einen historischen Schlüsselbegriff der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, im nationalistischen Sinne umzubiegen.¹² Außerdem lag es offenbar nicht nur für die sogenannte Neue Rechte, sondern auch für einen Großteil der wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Eliten nahe, das vereinte Deutschland im Gegensatz zur »alten« Bundesrepublik als

8 Ebenda.

9 Vgl. Hans-Peter Martin/Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle, a.a.O., S. 296.

10 Jürgen Roth: Absturz. Das Ende unseres Wohlstands, München – Zürich 1997, S. 26 f.

11 Vgl. Wolf-Dieter Narr/Alexander Schubert: Weltökonomie. Die Misere der Politik, Frankfurt/M. 1994, S. 153; Joachim Hirsch: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin – Amsterdam 1995.

12 Vgl. z.B. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.): Nationale Solidarität mit den Menschen in der DDR, Bonn 1990.

13 Bert Rürup: Internationalisierung der Wirtschaft und ihre Folgen für den Wohlfahrtsstaat, in: Soziale Sicherheit, 12/1995, S. 449.

14 Vgl. Memorandum zur Bewahrung des Sozialstaates. Gemeinsame Erklärung von Arbeiterwohlfahrt, Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V., Bundesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte, Deutschem Gewerkschaftsbund, Deutschem Mieterbund, Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Industriegewerkschaft Metall im November 1993, dokumentiert in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/1994, S. 127.

15 Stephan Leibfried/Elmar Rieger: Wohlfahrtsstaat und Globalisierung. Oder: Vom Einstieg in den Ausstieg aus der Weltwirtschaft?, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 3/1996, S. 220 f.

16 Vgl. Johannes Steffen: Sozialstaat in der Reichtumsfalle, in: Z - Zeitschrift für marxistische Erneuerung, 26 (1996), S. 42.

17 Vgl. Thomas von Freyberg: ... im ganzen also sehr widerwärtig ..., Verleugnen, Verleumden, Ausgrenzen: Vom Umgang mit der Armut, in: Friedhelm Hengsbach/Matthias Möhring-Hesse (Hrsg.): Eure Armut kotzt uns an! – Solidarität in der Krise, Frankfurt/M. 1995, S. 31.

18 Klaus-Bernhard Roy: Globalisierung der Ökonomie und nationalstaatliche Politik – Europäisierung als tragfähige Perspektive sozialstaatlicher Demokratie?, in: Sozialer Fortschritt, 3/1997, S. 57.

»zurückgewonnenen Nationalstaat« und weniger als demokratischen Sozialstaat zu begreifen.

Bert Rürup weist darauf hin, daß die bisher in der Bundesrepublik besonders hohe Attraktivität des Standortfaktors »sozialer Friede« abnimmt: »Mit der fortschreitenden Internationalisierung im Sinne einer »kapitalistischen Globalisierung« der Wirtschaft wird der wohlfahrtsstaatliche Konsens in Deutschland brüchiger werden, da angesichts der wachsenden globalen Standortoptionen vieler Unternehmen die Einbindung und Verankerung der Unternehmen in den Nationalstaat und damit auch in die nationalen wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen schwindet.«¹³

Die demokratische Linke ist nicht nur wegen des kläglichen Scheiterns der Systemalternative zum Kapitalismus in die Defensive geraten, sondern auch geschwächt, weil sie – wie schon während des Kalten Krieges im Hinblick auf ihre Haltung zum Realsozialismus – in zwei Lager zerfällt, die sich bezüglich ihrer Einschätzung der Politik zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes unterscheiden. Mit der von Unternehmerverbänden und Bundesregierung forcierten, seit Ende der achtziger/Anfang der neunziger Jahre geführten »Standortdiskussion« wurde sie erneut gespalten.

Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände hielten den »sozialen Frieden« für einen Standortvorteil.¹⁴ Stephan Leibfried und Elmar Rieger gingen noch weiter, als sie die Sozialpolitik zur Grundlage der ökonomischen Globalisierung und Wohlfahrtsstaatlichkeit zur Vorbedingung für Weltmarktöffnung erklärten: »Die Kosten der internationalen Koordinierung der Weltwirtschaft werden gewissermaßen von den Wohlfahrtsstaaten internalisiert.«¹⁵ Der wiederholte Hinweis auf die Gefährdung des »Standortfaktors sozialer Friede« durch »Sparprogramme« der Bundesregierung war in Anbetracht der Tatsache, daß letzterer offenbar auch billiger zu haben war, Ausdruck politischer Hilflosigkeit der Opposition.¹⁶

Umgekehrt begriffen Fundamentalkritiker/innen die deutsche Standortdebatte als geistige »Waffe im Verteilungskampf« und machten geltend, daß die Beteiligung an einem Verdrängungswettbewerb auf dem Weltmarkt zur Absenkung sozialer wie ökologischer Standards und zur Zerstörung des Wohlfahrtsstaates führen müsse.¹⁷ Es wäre jedoch falsch, »Globalisierung« als pure Ideologie zur weiteren Stärkung der Kapitalmacht und zur Schwächung der Gewerkschaften anzusehen: »Die Globalisierung der Ökonomie ist (...) keinesfalls nur ein Mythos, der in der innenpolitischen Debatte um die Verteilungsspielräume instrumentalisiert wird, sondern ein vielschichtiger Prozeß mit realen Auswirkungen auf sozialstaatliche Demokratie.«¹⁸

Gleichwohl gehört die Frage nach dem »ökonomischen Wert« bzw. dem »wirtschaftlichen Nutzen« sozialer Sicherung nicht in den Mittelpunkt einschlägiger Diskussionen¹⁹, wo sie den Trend zu einer Ökonomisierung der Sozialpolitik eher noch verstärken würde. Zu erörtern wäre vielmehr, welches Menschenbild hinter einer Sozialpolitik steht, deren Fokus die internationale Wettbewerbsfähigkeit »unserer« Volkswirtschaft bildet. Wenn die soziale Sicherung primär der Standortsicherung dient, wird der Wohlfahrtsstaat

zur wirtschaftspolitischen Manövriermasse und zum Sanierungsinstrument für das Kapital herabgewürdigt. Diese ökonomistisch-funktionalistische Sichtweise vernachlässigt den humanitären Eigenwert des Sozialstaates, welcher um so mehr an Bedeutung gewinnt, je größer die Finanzierungsprobleme werden.

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts (in seiner hergebrachten Form) findet eine Funktionalisierung der Sozialpolitik im Unternehmerinteresse statt. Aufgrund der Globalisierung bzw. des Konzepts der »Standortsicherung« verändert sich das Verhältnis von Ökonomie und (Sozial-)Politik, die zwar nicht abdankt, jedoch zur abhängigen Variablen der Volkswirtschaft degradiert wird. In den Mittelpunkt sozialpolitischen Handelns rückt die (angeblich oder tatsächlich) bedrohte Wettbewerbsfähigkeit des »Industriestandortes D«. Wirtschafts- und Sozialpolitik verfolgen nur noch das fragwürdige Ziel, die Weltmarktstellung des einheimischen Großkapitals zu stärken, indem sie dessen Wachstumskräfte stimulieren.

Zweck und Mittel der wohlfahrtsstaatlichen Intervention ändern sich: »Nicht der problemadäquate Schutz vor sozialen Risiken und die Korrektur der marktvermittelten Einkommenspolarisierung, sondern der Beitrag der Sozialpolitik zur Konsolidierung der Staatshaushalte, zur Reduzierung der Personalzusatzkosten und zur Deregulierung des Arbeitsrechts- und Tarifsystems avanciert zum Erfolgskriterium einer ›modernen‹ Sozialpolitik.«²⁰ Mißbrauchsdebatten, Leistungskürzungen und ein verschärfter Kontrolldruck erhöhen den Zwang sozial Benachteiligter, ihre Arbeitskraft (billiger) zu verkaufen und selbst Niedrigstlohnangebote zu akzeptieren, verringern die Lohn(neben)kosten der Unternehmen und tragen auf diese Weise vorgeblich zur »Standortsicherung« bei.

Der tiefgreifende Funktionswandel, den die Sozialpolitik im Rahmen des Globalisierungsprozesses erfahren hat, ist bisher nur teilweise ins öffentliche Bewußtsein getreten. Elmar Altvater und Birgit Mahnkopf stellen demgegenüber in aller Klarheit fest: »Im Zuge des Globalisierungsprozesses sind alle sozialen Errungenschaften zur Disposition gestellt, weil nur noch ökonomische, monetär in Preisen auszudrückende und nicht jene sozialen Standards zählen, ohne die eine zivile Gesellschaft von mit sozialen Ansprüchen und politischen Rechten der Partizipation ausgestatteten Staatsbürgern ein historisches Unding ist.«²¹

In einer »Winner-take-all«-Gesellschaft (Robert H. Frank/Philip J. Cook) zählt bloß der Erfolg. Dieser drückt sich fast ausschließlich monetär, d.h. »in klingender Münze«, aus. Marktgesetze und Konkurrenzmechanismen halten verstärkt Einzug auch in Geschäftsbereiche, die bisher davon frei waren oder – wie das Sozial- und Gesundheitswesen – sogar ein Gegengewicht hierzu bildeten. Durch die Anwendung betriebswirtschaftlicher Mittel und Methoden in der Leistungsverwaltung, oft unter dem Diktat leerer Kassen begonnen, aber als Verwaltungsreform ausgegeben und von einem wohlklingenden Etikett (»Neue Steuerungsmodelle«) begleitet, wurden Rationalisierungspotentiale und Einsparreserven genutzt. Sozial benachteiligte Menschen avancieren zu »Marktteilnehmern«, die sich selbst für eine bestimmte Firma entscheiden und Dienstleistungsanfragen in Anspruch nehmen. Deren Effizienz bzw.

19 So aber Winfried Schmähl: Engere ökonomische und politische Verflechtung als Herausforderung für die nationale Sozialpolitik, in: ders./Herbert Rische (Hrsg.): Internationalisierung von Wirtschaft und Politik – Handlungsräume der nationalen Sozialpolitik, Baden-Baden 1995, S. 18.

20 Hans-Jürgen Urban: Deregulierter Standort-Kapitalismus? – Krise und Erneuerung des Sozialstaates, in: Horst Schmitthenner (Hrsg.): Der »schlanke« Staat. Zukunft des Sozialstaates – Sozialstaat der Zukunft, Hamburg 1995, S. 17.

21 Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, Münster 1996, S. 42.

22 Vgl. Helmut Hartmann: Neue Steuerung in der öffentlichen Verwaltung: Anspruch, Wirklichkeit und Perspektiven, in: Walter Hanesch (Hrsg.): Überlebt die soziale Stadt? – Konzeption, Krise und Perspektiven kommunaler Sozialstaatlichkeit, Opladen 1997, S. 128.

23 Dieter Schewe: Der Rückbau des Sozialstaats und die Euro – päische Arbeitslosigkeit, in: Sozialer Fortschritt, 3/1997, S. 52.

24 Vgl. Heinz Niedrig: Auf dem Wege in eine andere Republik?, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 10/1995, S. 365.

25 Vgl. Rolf G. Heinze/Gerhard Naegele: Die sozialen Dienste vor neuen Herausforderungen, in: WSI-Mitteilungen, 6/1995, S. 409.

Effektivität wird mittels geeigneter Kennziffern und Meßzahlen genau erfaßt.²² Die damit meist verbundenen Kostensenkungen und Leistungskürzungen werden in der öffentlichen und Fachdiskussion durch Floskeln wie »Freiheit der Wahl«, »Kultur des Wandels« oder »Freisetzung von Kreativität« verbrämt.

»Sparen« meint im Sozialbereich – entgegen dem allgemeinen Sprachgebrauch – nicht nur, Defizite der öffentlichen Haushalte zu verringern, sondern Arbeitgebern durch die Kürzung bisher gesetzlich garantierter Sozialleistungen (z.B. der Lohnfortzahlung für Arbeitnehmer im Krankheitsfall) weitere Kostenvorteile gegenüber ausländischen Konkurrenten zu verschaffen, was wegen der meist damit verbundenen Steuerausfälle sogar neue Löcher in die Staatskasse reißen kann. Da alle EU-Staaten in Maastricht denselben Weg eingeschlagen haben wie die Bundesrepublik, gleicht das Verfahren dem berühmt-berüchtigten Wettrennen zwischen Hase und Igel(n): »Nach Ablauf der Prozeduren finden sich die Sozialleistungen der europäischen Staaten auf einem jeweils niedrigeren Niveau als zu Anfang wieder, womit sich dann untereinander die gleichen Wettbewerbsverhältnisse wie vorher wieder eingestellt haben, allenfalls mit geringfügigen Verschiebungen.«²³

Ausgerechnet zu einer Zeit, wo sich das marktliberale Ordnungs- und Konkurrenzprinzip auf seinem ureigenen Terrain, der Wirtschaft, ausweislich einer sich verfestigenden Massenarbeitslosigkeit nicht mehr bewährt, wird es als idealer gesellschaftlicher Regelungsmodus betrachtet und auf den Bereich der Sozialpolitik übertragen. Unter dem Motto »Vom Klienten zum Kunden«, der bekanntlich König ist, werden die sozialen Dienste umstrukturiert und teilweise privatisiert. Gleichzeitig verschärft sich die Konkurrenz zwischen Wohlfahrtsverbänden und kommerziellen Anbietern – vor allem im Bereich der ambulanten Pflege – sowie zwischen den privaten und gesetzlichen Krankenkassen, aber auch zwischen letzteren (um die »günstigen Risiken«, d.h. möglichst junge, gesunde und gutverdienende Mitglieder). Leidtragende der Entwicklung sind Hilfebedürftige, die weniger umworben und vielfach schlechter versorgt werden, weil sie nicht so zahlungskräftig erscheinen; bewährte Qualitätsstandards bleiben auf der Strecke; bei den Trägern hauptberuflich Beschäftigte sind gegenüber Freiberuflern und Aushilfskräften »zu teuer«.²⁴ Da die privat-gewerblichen Anbieter sozialer Dienstleistungen ihre Klientel überwiegend in höheren Einkommensgruppen suchen und finden, während sie die weniger lukrativen Aufgaben anderen Trägern überlassen²⁵, verstärkt sich der Trend zum »Zwei-Klassen-Wohlfahrtsstaat«, also zu seiner Spaltung in Leistungssegmente unterschiedlichen Niveaus.

Behörden und andere staatliche Einrichtungen werden zunehmend wie Privatunternehmen geführt, die betriebswirtschaftlichen Leistungskriterien gehorchen müssen. Auch die Sozialverwaltung des Staates unterscheidet sich kaum noch von Organisationsstrukturen gewerblicher Anbieter. Wohin die Privatisierung öffentlicher Einrichtungen führt, verdeutlicht das Ergebnis der sogenannten Bahn- und der sogenannten Postreform. Nutznießer der (Teil-)Privatisierung beider Bundesunternehmen sind die Aktionäre. Hingegen brachte der Privatisierungsprozeß für die Beschäftigten und die

Kunden der vormaligen Staatsunternehmen gravierende Nachteile: (Stamm-)Belegschaften und betriebliche Sozialleistungen wurden drastisch reduziert, Gebühren und Tarife (für den Normalverbraucher, nicht für industrielle Großabnehmer) spürbar erhöht. Briefkästen werden seltener geleert; Portokosten und Tarife sind gestiegen; viele Postämter und kleine Bahnhöfe wurden geschlossen, aus Sicht des Managements »unrentable« Bahnstrecken stillgelegt.

Nur die Reichen können sich einen armen Staat leisten. Sie schicken ihre Kinder auf Privatschulen und ausländische Eliteuniversitäten, kaufen alles, was ihr Leben verschönt, selbst und sind nicht auf öffentliche Schwimmbäder, Bibliotheken oder sonstige kommunale Einrichtungen angewiesen. Die übrigen Gesellschaftsmitglieder benötigen seine Leistungen dringender und kommen ohne eine gute öffentliche Infrastruktur nicht aus.

Obwohl ca. sieben Millionen Arbeitsplätze fehlen, konzentriert sich die öffentliche Armutsdebatte absurderweise darauf, wie man Sozialhilfebezieher/innen zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit zwingen kann. Beginnend mit »workfare«-Programmen in den USA, wurde der Arbeitszwang im Fürsorgebereich ständig erhöht, zuletzt durch die seit dem 1. August 1996 gültige Bestimmung im BSHG, wonach die Leistungen um mindestens ein Viertel zu kürzen sind, wenn jemand zumutbare Arbeit ablehnt, sowie die Aushöhlung des Berufs- und Qualifikationsschutzes im »Arbeitsförderungs-Reformgesetz« (AFRG).

Folgen der Amerikanisierung des Wohlfahrtsstaates: Pauperisierung, steuerliche Privilegierung von Spitzenverdienern und soziale Polarisierung

Die neoliberale Restrukturierung des (west)deutschen Wohlfahrtsstaates folgt Entwicklungsmustern aus den Vereinigten Staaten und führt der Tendenz nach zu seiner »Spaltung« in eine standardisierte Minimalabsicherung und eine privat zu finanzierende Zusatzvorsorge, wiewohl man die Sozialpolitik beider Länder nicht gleichsetzen kann. Denn noch herrschen hierzulande keine »amerikanischen Verhältnisse«. Eine voreilige Dramatisierung wäre so wenig angebracht wie eine Bagatellisierung negativer Begleiterscheinungen und Folgewirkungen der liberal-konservativen Regierungspolitik, zumal die Entwicklung in den USA schon wieder einen Schritt weiter ist: Statt des »wohlthätigen« bzw. Sozialstaates setzt sich dort gegenwärtig der »strafende« Kriminal- bzw. Polizeistaat durch. Symptomatisch dafür war die von Präsident Bill Clinton im August 1996 unterzeichnete »Reform« bzw. Abschaffung der Sozialhilfe (AFDC): »Sie beschleunigt die Auflösung des sozialen Netzes und seine Ersetzung durch ein Gitterwerk aus disziplinierenden und diskriminierenden Maßnahmen, die darauf abzielen, erstens die Sozialausgaben des Staates zu senken, zweitens die Armen in die untersten Bereiche des Arbeitsmarktes zu drängen und drittens den Rest der Armen, die noch immer Unterstützungsansprüche stellen, streng zu bevormunden.«²⁶

Aufgrund der besagten »Sozialhilfereform« in den USA ist dort mit einer »flutartig steigende(n) Not bei den Armen« zu rechnen.²⁷ Jenes politische Janusgesicht sozialer Modernisierung, das Micha-

26 Loic J.D. Wacquant: Vom wohlthätigen Staat zum strafenden Staat: Über den politischen Umgang mit dem Elend in Amerika, in: Leviathan, 1/1997, S. 61.

27 Vgl. Stephan Leibfried/ Michael Wisemann: Sozialhilfereform in den USA: ein Überblick – Zu Nutz und Frommen der Deutschen, in: Zeitschrift für Sozialreform, 7/1995, S. 438.

28 Michael Vester:

Das Janusgesicht sozialer Modernisierung. Sozialstrukturwandel und soziale Desintegration in Ost- und Westdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 26-27/1993, S. 9.

29 Hartmut Häußermann:

Armut in den Großstädten – eine neue städtische Unterklasse?, in: Leviathan, 1/1997, S. 13.

30 Die angelsächsische Literatur dazu ist kaum noch zu überblicken. Vgl. in deutscher Sprache vor allem: Herbert J. Gans: Über die positiven Funktionen der unwürdigen Armen. Zur Bedeutung der »underclass« in den USA, in: Stephan Leibfried/Wolfgang Voges (Hrsg.): Armut im modernen Wohlfahrtsstaat, Opladen 1992 (KZfSS-Sonderheft 32), S. 48 ff.; William Julius Wilson: Ghettoisierte Armut und Rasse. Zur öffentlichen Meinungsbildung in den USA, in: ebenda., S. 225 ff.; Thomas Gebhardt: Die »underclass« als neues Phänomen im US-amerikanischen Armutsdiskurs, in: Berliner Debatte INITIAL, 1/1995, S. 49 ff.

31 Martin Kronauer u.a.:

Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung, Frankfurt/M. – New York 1993, S. 237.

32 Ders.: »Soziale Ausgrenzung« und »Underclass«: Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung, in: Leviathan, 1/1997, S. 46.

el Vester anspricht, zeigt sich ansatzweise freilich auch im Hinblick auf den *deutschen* Wohlfahrtsstaat: »Der Öffnung des sozialen Raums in der sicheren Mitte und der privilegierten Spitze steht die Schließung für jene gegenüber, die in dieser Mitte ihre Sicherheiten verlieren oder gar in prekäre Lebensverhältnisse absteigen müssen.«²⁸

Seit geraumer Zeit ist hierzulande eine Ausdifferenzierung der Armut bzw. eine Pluralisierung der Unterversorgungslagen zu beobachten. Neben sinkenden Reallöhnen der Arbeitnehmer/innen und Niedrigeinkommen vor allem im Dienstleistungssektor, auf die zurückzukommen sein wird, zeichnet sich eine Unterschichtung der Gesellschaft mit rassistischer Färbung ab: Viele davon Betroffene sind Ausländer, Zuwanderer (der ersten, zweiten bzw. dritten Generation) oder Flüchtlinge, unter denen die Armut wegen gruppenspezifischer Kürzungen der Sozialhilfe seit Inkrafttreten und Novellierung des sogenannten Asylbewerberleistungsgesetzes zugenommen hat.

Die neue Armut ist weder rudimentär noch »antiquiert«, sondern geradezu »avantgardistisch«, weil sie als Vorboten gesellschaftlicher Zukunftsverhältnisse gelten muß: »Jene Gruppen, die heute in Armut leben, können nicht mehr als »Nachzügler« betrachtet werden, zu denen sich der allgemein wachsende Reichtum noch nicht hinentwickelt hat, vielmehr haben sie gar keinen Anschluß mehr, verlieren schon erreichte gesellschaftliche Positionen oder leben bereits als Jugendliche ohne Hoffnung, je den Grad an gesellschaftlicher Integration zu erreichen, wie er für ihre Eltern noch selbstverständlich erschien.«²⁹

Eine jetzt schon über zwei Jahrzehnte lang andauernde Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe führt fast zwangsläufig zur Herausbildung einer Gesellschaftsschicht, die Martin Kronauer, Berthold Vogel und Frank Gerlach, einen Schlüsselbegriff aus der entwickelteren US-Fachdiskussion aufgreifend³⁰, als »underclass« bezeichnen: »Alles spricht dafür, daß die soziale Schicht der Dauerarbeitslosen im vereinten Deutschland in naher Zukunft quantitativ und damit auch gesellschaftspolitisch an Gewicht zunehmen wird.«³¹ Kronauer hat diese These weiterentwickelt, konkretisiert und spezifiziert. Seiner Meinung nach bilden soziale Ausgrenzung, Stigmatisierung und Perspektivlosigkeit entscheidende Kennzeichen der Marginalisierten: »Von allen anderen Schichten und Klassen unterscheidet sich die Formation der »Entbehrlichen« durch das Wesensmerkmal der Negativität. Kein ökonomisches, soziales oder kulturelles Kapital, keine Arbeitsform konstituiert eine positive Identität. Identität wird »von außen«, als Stigma, zugeschrieben oder ist in ihren positiven Zügen ständig gefährdet, gebrochen durch die Erfahrung des Verlusts.«³²

Diese sehr differenzierte Bestimmung der »underclass« verweist darauf, daß Armut viel mehr ist als (vorübergehender) Geldmangel. Sie impliziert gesellschaftliche Ausgrenzung, Statusverluste und das Fehlen sozialer Anerkennung. Armut markiert eine Grenzlinie, die von den Betroffenen – ernsthaften Bemühungen um ihre Reintegration zum Trotz – nicht oder nur schwer überschritten werden kann. In den Vereinigten Staaten von Amerika läßt sich exempla-

risch studieren, daß soziale Marginalisierung faktisch zum Verlust der politischen Bürgerrechte führt.³³

Natürlich ist zu bedenken, daß die »new urban underclass« in den USA aufgrund sozialräumlicher Segregation, rassistischer Diskriminierung und der Konzentration ethnischer Minderheiten in Slums und (Hyper-)Ghettos sehr viel mehr präsent ist als in Westeuropa (Frankreich und Großbritannien), wo es höchstens Ansätze zu einer solchen Entwicklung der Vorstädte gibt.³⁴ Hier soll nicht darüber gestritten werden, ob der Terminus »underclass« ideologieverdächtig, stigmatisierend und/oder für die deutschen Verhältnisse inadäquat ist.³⁵ Vielmehr kann man sich dem Urteil von Peter Bremer und Norbert Gestring anschließen: »Die Verwendung des Begriffs Underclass ist dann legitim und sinnvoll, wenn damit eine neue Qualität sozialer Spaltung beschrieben wird, die von den bisherigen Klassen- und Schichtmodellen nicht erfaßt wird.«³⁶

Die beiden Autoren nennen vier Kriterien als Grundlage einer Definition: erstens die Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt, zweitens die räumliche Ausgrenzung durch Segregation, drittens die Kumulation von Benachteiligungen und schließlich eine individuelle Reproduktion der Ausgrenzung.³⁷ Bremer und Gestring vermuten, daß sich die soziale Ausgrenzung von immer mehr Dauerarbeitslosen, zu denen neben Unqualifizierten, Älteren und Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigung viele Ausländer/innen gehören dürften, in großstädtischen Armutsvierteln auch räumlich niederschlagen wird, zumal sich die Situation der Betroffenen durch die Regierungspolitik (Einstellung des sozialen Wohnungsbaus) eher verschärft.

Johano Strasser spricht von der »Herausbildung einer funktionalen Unterklasse«, also »einer personell fluktuierenden, dennoch aber als Strukturbestandteil durchaus stabilen untersten Schicht, die für die übrige Gesellschaft eine ganze Reihe nützlicher Funktionen ausübt, z.B. minderwertige Konsumgüter kauft und Arbeiten verrichtet, die anderen nicht zumutbar erscheinen.«³⁸ Michael Klein schließlich diagnostiziert sogar, daß sich gegenwärtig »eine ›Lebenswelt der Armut‹ etabliert, deren Kern relativ fest umrissen ist, deren Ränder unscharf sind, die potentiell, von der Gefährdung her, aber sicher 50 Prozent der Gesamtbevölkerung erreichen wird. Für die Betroffenen im Kern der ›Lebenswelt der Armut‹ beinhaltet es weitgehenden Ausschluß von einer ›Normalbiographie‹ und damit ein Leben in sozialer Randständigkeit mit Fehlausstattungen und Benachteiligungen vielfältigster Art: materieller, sozialer, psychischer Mangel.«³⁹

Bezogen auf die Transformationsarmut in der ehemaligen DDR, die er als strukturelle Folge des Systemwechsels und nicht etwa als ein »Zufallsprodukt der Wende« bzw. der Wiedervereinigung begreift, formuliert Ronald Lutz: »Es bildet sich eine Unterklasse, die aber heterogen und fluide bleibt, die viele Wege in sie hinein und aus ihr heraus kennt, die sicherlich auf lange Sicht zu einer Randgruppenbildung dauerhaft Armer führt und so auch gegenkulturelle Milieus bilden wird.«⁴⁰

Das soziale Klima der Bundesrepublik hat sich nicht zuletzt im Gefolge des DDR-Beitritts und der damit verbundenen Transfer-

33 Vgl. Claus Leggewie: *America first? – Der Fall einer konservativen Revolution*, Frankfurt/M. 1997, S. 68.

34 Vgl. François Dubet/Didier Lapeyronnie: *Im Aus der Vorstädte. Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft*, Stuttgart 1994.

35 Vgl. dazu: Sebastian Herkommer: *Das Konzept der »underclass« – brauchbar für Klassenanalysen oder ideologieverdächtig?*, in: *Z – Zeitschrift für marxistische Erneuerung*, 26 (1996), S. 76 ff.

36 Peter Bremer/Norbert Gestring: *Urban Underclass – neue Formen der Ausgrenzung auch in deutschen Städten?*, in: *PROKLA*, 106 (1997), S. 61.

37 Vgl. ebenda, S. 63 ff.

38 Vgl. Johano Strasser: *Armut in der Wohlstandsgesellschaft*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 3/1996, S. 234.

39 Michael Klein: *Armut als soziales Problem. Armut und Armutsdiskurs in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Berliner Debatte INITIAL*, 1/1995, S. 41.

40 Ronald Lutz: *Die »Vergessenen der Wende«*. *Kultur der Armut oder Armut der Kultur?*, in: *Neue Praxis*, 4/1995, S. 403.

41 Siehe Eckart Reidegeld/Beatrice Reubelt: Extreme Armut und Nothilfe in der Bundesrepublik. Anmerkungen unter besonderer Berücksichtigung der Mahlzeitennothilfe, in: Sozialer Fortschritt, 1/1996, S. 8.

42 Vgl. Stephan Leibfried u.a.: Zeit der Armut. Lebensläufe im Sozialstaat, Frankfurt/M. 1995; zur Kritik vom Verfasser: Christoph Butterwegge: Nutzen und Nachteile der dynamischen Armutsforschung. Kritische Bemerkungen zu einer neueren Forschungsrichtung, in: Zeitschrift für Sozialreform, 2/1996, S. 69 ff.; ders.: Armutskarrieren. Neue Tendenzen der Armutsforschung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/1996, S. 1120 ff.; ders.: Armut und Armutsforschung im Wandel, in: Theorie und Praxis der sozialen Arbeit, 11/1996, S. 20 ff.

43 Vgl. z.B. Ulf Fink: Zeit der Armut – Zeit für Politik, in: Zeitschrift für Sozialreform 2/1997, S. 156 ff.

44 Vgl. dazu: Gerd Pohl/Claus Schäfer (Hrsg.): Niedriglöhne. Die unbekannteste Realität: Armut trotz Arbeit. Empirische Bestandsaufnahme und politische Lösungsvorschläge, Hamburg 1996.

45 Stefan Welzk: Wie in Deutschland umverteilt und der Wohlstand ruiniert wird, in: Herbert Schui/Eckart Spoo (Hrsg.): Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland, Heilbronn 1996, S. 30 f.

46 Jürgen Espenhorst: Zeit der Wohlstandswende?, Analyse wirtschafts- und sozialpolitischer Trends: 1966 -1995-2010, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 3-4/ 1996, S. 16.

kosten verschlechtert und den Umgang mit Armut negativ beeinflusst: Nie zuvor wurden ethnische Minderheiten, Obdachlose und Bettler/innen so repressiv behandelt, von vielen Stadtverwaltungen bzw. staatlichen Ordnungshütern so rigoros aus der Öffentlichkeit vertrieben und so stark eingeschüchtert wie heute. Die seither – oft als sinnvolle Reaktion darauf – entstandenen Nothilfeeinrichtungen (Wärmestuben, Übernachtungsstellen, Kleiderkammern, Suppenküchen usw.) machen ebenfalls deutlich, »daß sich als »unterste Etage« im Gesellschaftsaufbau eine in den großen Städten bereits höchst sichtbare und »störende« Lazarusschicht herausgebildet hat.«⁴¹

Demgegenüber betont eine neuere, öffentlichkeitswirksame und mit viel Lob bedachte Richtung der Armutsforschung, daß Menschen in der Bundesrepublik nur noch phasenweise von Unterversorgung und prekären Lebenslagen betroffen, folglich bloß kurze Zeit zur Inanspruchnahme von Sozialhilfe gezwungen seien.⁴² Natürlich wurde diese Deutung von den Sozialpolitikern des Regierungslagers dankbar aufgenommen⁴³, weil sie die Bundesregierung im Grunde bestätigt und höchstens ein paar kosmetische Korrekturen (etwa bei Zahlungsverzögerungen der vorgelagerten Sicherungssysteme) erforderlich macht. Darüber hinaus könnten die Ergebnisse der »lebenslauftheoretischen« bzw. der »dynamischen Armutsforschung« längerfristig dazu benutzt werden, die Forderung nach Befristung der Sozialhilfe zu rechtfertigen.

Auch in dieser Hinsicht mit mehrjähriger Verspätung der entsprechenden US-Entwicklung folgend, bildet die Bundesrepublik zur Zeit einen für sie neuen Niedriglohnsektor aus⁴⁴, der längst nicht mehr nur typische Frauenarbeitsplätze umfaßt. Je mehr (Dauer-)Arbeitslose es gibt, um so leichter lassen sich Menschen finden, die weit unter Tarif bezahlte »McJobs« annehmen. Schon jetzt reichen viele Vollzeit-Arbeitsverhältnisse nicht mehr aus, um eine Familie zu ernähren, so daß ergänzend mehrere Nebenjobs übernommen werden und nach Feierabend bzw. an Wochenenden (zum Teil »schwarz«) weitergearbeitet wird. »Zwischen die Ausgegrenzten und die Arbeitnehmer mit zunächst noch gutem Einkommensniveau (bei Industrie, Banken und Versicherungen, daneben Lehrer, Ärzte usw.) schiebt sich die rapide wachsende Schicht der »working poor«. Auf mittlere Sicht wird diese schlecht bezahlte Arbeitnehmerschaft im Service-Sektor das Lohnniveau in Deutschland maßgeblich mitbestimmen.«⁴⁵

Das soziale Elend nimmt ein Doppelgesicht an: Den armen Arbeitslosen treten die arbeitenden Armen zur Seite. Massenarbeitslosigkeit und Armut verringert das neoliberale Konzept einer angebotsorientierten, auf die Senkung der Lohn- bzw. der Lohnnebenkosten fixierten Wirtschaftspolitik nicht, weil es Teufel mit Beelzebub austreibt. »Wer also auf den amerikanischen Weg umsteigen will, riskiert für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung eine Wohlstandswende, in der immer mehr Arbeitsplätze entstehen würden, von deren Einkommen man jedoch hier kaum zu leben vermag.«⁴⁶

Armut in der Bundesrepublik hat mit Armut in Bangladesch und Burkina Faso wenig gemein, weil sie von einem wachsenden Wohlstand breiter Gesellschaftsschichten umgeben ist. Auch der

Reichtum ist mittlerweile eine zahlenmäßig relevante, wenn nicht sogar zur Massenerscheinung geworden.⁴⁷ Seit den frühen achtziger Jahren, verstärkt seit den neunziger Jahren sorgt die Steuerpolitik der liberal-konservativen Bundesregierung dafür, daß sich die Verteilung der Einkommen ständig weiter zu Lasten von Arbeitnehmer(inne)n und ihren Familien verschiebt, während gleichzeitig privilegiert wird, wer Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen erzielt.⁴⁸ Zu nennen sind in diesem Zusammenhang mehrfache Senkungen der Körperschaftssteuer, der Verzicht auf die Vermögen- und die Gewerbesteuer sowie Sonderabschreibungen und andere Vergünstigungen, enthalten in Jahressteuergesetzen, dem sogenannten Standortsicherungsgesetz und drei Finanzmarktförderungsgesetzen.

Dieter Eißel weist darauf hin, daß die Finanznot der öffentlichen Haushalte durch eine falsche Politik entstanden und insofern überwiegend selbstverschuldet ist: »Würden die Steuern auf Gewinne im gleichen Umfang (bezogen auf die Anteile an den Gesamtsteuereinnahmen) zur Finanzierung der Staatsaufgaben herangezogen wie 1980 (Anteil rund 25 Prozent), hätten die öffentlichen Haushalte 1995 rund 86 Mrd. DM mehr zur Verfügung gehabt.«⁴⁹ Trotz der zusätzlichen Kosten durch die deutsche Einheit, welche in erster Linie den Lohnsteuerzahler(inne)n aufgebürdet bzw. mit Krediten bezahlt wurden, entließ man die – im Schnitt wohlhabenderen – Einkommensteuerzahler weitgehend aus ihrer Verpflichtung zur Alimentierung des Staates.⁵⁰

Rudolf Hickel sprach bezüglich des letzten Jahressteuergesetzes von »staatlicher Reichtumspflege«, die das Leistungsfähigkeitsprinzip demontiere und die öffentlichen Finanzen ruiniere. Während die Unternehmen- bzw. Gewinnsteuern (veranlagte Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Gewerbesteuer und Vermögensteuer) in der Bundesrepublik ständig sanken, stieg die Arbeitslosigkeit auf ein Rekordniveau, wodurch sich die gegenwärtig dominierende neoliberale Angebotstheorie im Grunde als Ideologie erwies.⁵¹

Die für 1998/99 geplante, aber gescheiterte »Große Steuerreform«, die vorhandene Schieflage bei der Einkommens- und Vermögensverteilung zementiert, denn sie lief – wie zuvor schon die Vereinigung von DDR und Bundesrepublik – auf eine gigantische Umverteilung »von unten nach oben« hinaus. »Die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen werden per saldo entweder höher belastet (z.B. bei Wegfall der Steuerfreiheit für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge) oder erhalten keine oder nur eine geringfügige Steuervergünstigung, während die Bezieher hoher Einkommen per saldo erheblich verdienen.«⁵² Die reale (nicht: nominale) Steuerbelastung der Unternehmen war jedoch noch nie so gering, die Arbeitslosigkeit hingegen noch nie so hoch wie heute. Daraus den Schluß zu ziehen, man müsse die (Gewinn-) Steuern noch weiter senken, damit in den Betrieben mehr Stellen entstünden, ist absurd, genauer gesagt: liberalkonservative Propaganda zugunsten der eigenen Klientel.

Durch die Steuerreform würden sich die sozialen Gegensätze verschärfen, weil sie Reiche und Superreiche entlastet, aber vor

47 Vgl. Ernst-Ulrich Huster: Soziale Polarisierung – Wieviel Abstand zwischen Arm und Reich verträgt die Gesellschaft?, in: Herbert Schui/Eckart Spoo (Hrsg.): Geld ist genug da, a.a.O., S. 18 f.

48 Vgl. die empirischen Belege bei Hartmut Tofaute: Steuerverteilung in der Schieflage. Steigende Lohnsteuerquote – sinkende Gewinnsteuerbelastung, in: WSI-Mitteilungen, 3/1995, S. 197 ff.

49 Dieter Eißel: Standortdebatte und Umverteilung, in: Soziale Sicherheit, 12/1996, S. 464.

50 Vgl. ebenda, S. 466.

51 Vgl. Rudolf Hickel: Staatliche Reichtumspflege. Der Entwurf zum Jahressteuergesetz '97, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 8/1996, S. 931 f.

52 Hans-Georg Wehner: Umverteilung der Lasten oder konservative Revolution? – Zu den aktuellen Vorschlägen zur Reform des Steuersystems, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 2/1997, S. 70.

allem mittlere Einkommen und bisher nicht Steuerpflichtige (durch die Kostenkompensation über höhere Verbrauchssteuern) zur Kasse gebeten hätte: »Der Ansatz, die Richtung, die innere Struktur dieses finanzpolitischen Projektes sind falsch. Wenn die soziale Kluft nicht immer noch größer werden und gleichzeitig die Binnenmärkte nicht weiter abschaffen sollen, dann muß der Reichtum produktiver Verwendung zugeführt werden.«⁵³

53 Gottfried Erb:
Verschärfung der sozialen
Gegensätze. Anmerkungen
zur »Steuerreform«, in:
Die Neue Gesellschaft/
Frankfurter Hefte, 3/1997,
S. 203.

Die von der Steuerreform vielfach erwartete Katalysatorwirkung im Hinblick auf das Wachstum der Wirtschaft (konjunkturelle Belebung), mehr ausländische Direktinvestitionen und die massenhafte Schaffung neuer Arbeitsplätze besonders im Dienstleistungssektor hätte sich als Illusion erwiesen. Statt die Steuereinnahmen durch eine weitere Entlastung der Spitzenverdiener und Vermögenden zu senken, was – wie sich in den USA zeigt – leicht zur Verwahrlosung der öffentlichen Infrastruktur führt, müßten die Wohlhabenden stärker als bisher zur Kasse gebeten werden. Nötig wäre also eine Steuerreform, die den Staat befähigen würde, gesellschaftlich sinnvolle Aufgaben zu erfüllen, soziale Probleme zu lösen und das Übel der Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, statt auf entsprechende Initiativen der Unternehmer zu hoffen. Handlungsmöglichkeiten für die staatlichen Akteure gäbe es wahrlich mehr als genug.⁵⁴

54 Vgl. Hans-Peter Martin/
Harald Schumann: Die
Globalisierungsfalle, a.a.O.,
S. 222.

Je größer die Kluft zwischen Arm und Reich wird, um so eher fällt die Gesellschaft auseinander. Entsolidarisierungseffekte ergeben sich, wenn die soziale Integration der Gruppen, die man als »Modernisierungs-« bzw. als »Globalisierungsverlierer/innen« bezeichnen kann, nicht mehr gelingt. Jenseits des Atlantiks ist die räumliche Trennung der Bevölkerungsgruppen bereits deutlich sichtbar, samt ihren verheerenden Folgen für den Zusammenhalt der Gesellschaft. Kern- und Randschichten konstituieren separate Lebenswelten, teilweise auch spezifische soziokulturelle Milieus und ethnische Gemeinschaften, was sich in ökonomischen Krisen- und Umbruchperioden besonders leicht politisch ausnutzen läßt.

Die von der CDU/CSU/FDP-Koalition betriebene »Amerikanisierung« des Sozialstaates dürfte bald eine Amerikanisierung der Sozialstruktur (Vertiefung der gesellschaftlichen Kluft zwischen Arm und Reich) nach sich ziehen. Längerfristig könnte die soziale Polarisierung, d.h. die Potenzierung von Armut und Reichtum, zu einer Spaltung der Gesellschaft führen, wie man sie nur aus Elendsregionen der sogenannten Dritten Welt kennt. Vielleicht etwas vorschnell verallgemeinernd, konstatiert Horst Afheldt: »Die Vermögensverteilung in der Bundesrepublik nähert sich (...) der eines Entwicklungslandes.«⁵⁵ Bezüglich der ungleichen Verteilungsrelationen gilt das größte Land Südamerikas als Extrembeispiel, so daß man auch von einer »Brasilianisierung« sprechen könnte. Johano Strasser schließt zumindest perspektivisch eine globale »Angleichung der sozialen Ungleichheit« nicht aus: »Vieles spricht dafür, daß bei praktisch unbeschränkter Mobilität von Geld, Kapital, Gütern und Informationen (Wissen) auch die relativ erfolgreichen Industrienationen auf die Dauer die Sozialstrukturen der »Dritten Welt« importieren.«⁵⁶

55 Horst Afheldt:
Wohlstand für niemand? –
Die Marktwirtschaft entläßt
ihre Kinder, München 1994,
S. 36.

56 Johano Strasser:
Schicksal Weltmarkt?, in:
Die Neue Gesellschaft/
Frankfurter Hefte, 8/1995,
S. 689.

Die soziale Polarisierung und die Segmentierung des Arbeits-

marktes spiegeln sich im Wohnbereich besonders deutlich wider. Hartmut Häußermann prognostiziert einen Zerfall der europäischen Stadt, die sich bisher durch eine hohe Integrationskraft auszeichnete, indem sie soziale Ungleichheiten und Disparitäten mittels kommunalpolitischer Eingriffe abmilderte.⁵⁷ Zwar haben sich hierzulande noch keine städtischen Armutsghettos und Slums wie in den USA herausgebildet, die Verelendung ganzer Regionen, die Vernachlässigung der öffentlichen Infrastruktur und die Zuwachsraten vor allem der jugendlichen (Gewalt-)Kriminalität weisen jedoch bereits in diese Richtung.

Standortlobbyismus schlägt ziemlich leicht in Standortnationalismus um, eine spezifische Form des Chauvinismus, die ökonomisch-technologischen Überlegenheitsdünkel gegenüber anderen Ländern bzw. Völkern mit traditionellen Bedrohungsgefühlen, schichtübergreifenden Gemeinschaftsillusionen und politisch-ideologischen Ausgrenzungspraktiken verbindet. Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt finden auf dem Hintergrund eines sich verschärfenden Standortwettbewerbs, der von den Weltmärkten ausgeht und in Form eines übertriebenen Leistungs- und Konkurrenzdrucks beinahe sämtliche Gesellschaftsbereiche erfaßt, neue Nahrung.⁵⁸

Selbst wenn sich erfolgreiches Wirtschaften und soziale Sicherheit für alle Gesellschaftsmitglieder ausschließen, müßte die Streitfrage, ob der – über ein Jahrhundert gewachsene – Wohlfahrtsstaat oder die internationale Wettbewerbsfähigkeit vorzuziehen wäre, öffentlich diskutiert und sodann demokratisch entschieden werden. Im Unterschied zu Großbritannien und Frankreich, wo sich die Wähler/innen am 1. Mai bzw. 1. Juni 1997 gegen eine Politik der »Standortsicherung« ohne soziale Abfederung ausgesprochen haben, fehlt der Bundesrepublik bisher eine öffentliche Meinungsbildung darüber.

57 Vgl. Hartmut Häußermann: Tendenzen sozialräumlicher Schließung in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland, in: Widersprüche, Nr. 60 (1996), S. 15.

58 Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge: Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt 1996, S. 145 ff.; ders./FH Potsdam (Hrsg.): NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland. Beiträge zur politischen Kultur der Bundesrepublik und zur politischen Bildung, Baden-Baden 1997.